Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 1
Landtag, 6. Wahlperiode: 1963-67

15.03.1966 - Nr. 92 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

6. Wahlperiode

Drucksachenabteilung I — Mitteilungen und Antworten des Senats

Nr. 92

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag)

vom 15. März 1966

Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 22. Dezember 1965 die 1. Lesung über das Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften (Drucksachenabteilung I Nr. 77) unterbrochen und das Gesetz zur Berichterstattung an die Deputation für Inneres zurückverwiesen. Die Deputation für Inneres hat sich in ihrer Sitzung am 3. Februar 1966 erneut mit dem Entwurf befaßt. Sie erstattet nachfolgenden Bericht, dem die Finanzdeputation in ihrer Sitzung am 1. März 1966 zugestimmt hat. Der Senat schließt sich dem Bericht an.

Bericht der Deputation für Inneres zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften gemäß Beschluß der Bürgerschaft (Landtag) vom 22. Dez. 1965

Aus der Begründung zu dem der Bürgerschaft (Landtag) durch Mitteilung des Senats vom 16. November 1965 (Drucksachenabteilung I Nr. 77) zugeleiteten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften ergibt sich, daß der Gesetzentwurf im wesentlichen die Änderungen enthält, die das Beamten- und Besoldungsrecht des Bundes erfahren haben durch

1. das Dritte Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. August 1965 (BGBl. I S. 1007),
2. das Vierte Gesetz zur Änderung beamten- und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. August 1965 (BGBl. I S. 1024) und
3. Artikel 1 des Gesetzes zur Kürzung des Vorbereitungsdienstes für den Erwerb der Befähigung zum höheren Beamtendienst und zum Richterdienst vom 18. August 1965 (BGBl. I S. 891).

Für die Länder waren entsprechende Rahmenvorschriften gegeben worden durch Artikel XI des Dritten Änderungsgesetzes und Artikel III des Vierten Änderungsgesetzes des Bundes.

Nach Vorlage des Bremischen Gesetzentwurfs ist aus Anlaß von Sparmaßnahmen im Bund das Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz) vom 20. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2065) erlassen worden, das — jedenfalls wegen der Vorschriften, die wegen der Aufnahme in den Bremischen Gesetzentwurf interessieren — am Tage nach seiner Verkündung (24. Dezember 1965) in Kraft getreten ist.

Durch Artikel 13 Nr. 1 Buchstabe e des Haushaltssicherungsgesetzes ist der Inkraftsetzungstermin der Vorschriften des Artikels I des Dritten Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. August 1965, die in den bremischen Gesetzentwurf übernommen worden sind, vom 1. Januar 1966 auf den 1. Januar 1967 hinausgeschoben worden. Die Länder sind aber nicht gebunden, wegen dieses Inkraftsetzungstermines in gleicher Weise wie der Bund zu verfahren, da die durch Artikel XI des Dritten Änderungsgesetzes des Bundes für die Länder gegebenen entsprechenden Rahmenvorschriften weiterhin mit einer Ausnahme mit Wirkung vom 1. Januar 1966 in Kraft getreten sind (siehe Artikel 13 Nr. 1 Buchstabe e des Haushaltssicherungsgesetzes).

Als Ausnahme ist in Artikel 13 Nr. 1 Buchstabe c des Haushaltssicherungsgesetzes lediglich bindend vorgeschrieben, daß eine dem Artikel XI § 1 Nr. 3 des Dritten Änderungsgesetzes des Bundes entsprechende Landesvorschrift nicht vor dem 1. Januar 1967 in Kraft gesetzt werden darf.

Rahmenrechtlich wäre danach die Möglichkeit gegeben, für die aus dem Dritten Änderungsgesetz des Bundes übernommenen Vorschriften andere Inkraftsetzungstermine als im Bund (durch das Haushaltssicherungsgesetz) festzulegen. Die Deputation hält das jedoch nicht für tunlich. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß zur Wahrung der Einheitlichkeit in Bund und Ländern für die in Frage kommenden Vorschriften grundsätzlich die Inkraftsetzung auf den 1. Januar 1967 hinausgeschoben werden sollte. Wie eine Länderumfrage inzwischen ergeben hat, beabsichtigen die meisten Länder in diesem Sinne zu verfahren. Aus personalwirtschaftlichen Gründen erkennt die Deputation aber ein Bedürfnis dafür an, daß als Ausnahmeregelung die übernommene Änderung der Ruhensvorschriften in § 148 BrBG (siehe Nr. 30 der Vorlage) bereits mit Wirkung vom 1. Mai 1966 in Kraft tritt.

Es wird deshalb vorgeschlagen, für die aus dem Dritten Änderungsgesetz des Bundes in den bremischen Gesetzentwurf übernommenen Vorschriften mit Ausnahme der Vorschrift in Nr. 30 der Vorlage den Inkraftsetzungstermin vom 1. Januar 1966 auf den 1. Januar 1967 hinauszuschieben. Weiter sollte der Termin der Inkraftsetzung für die aus anderem Anlaß für notwendig gehaltenen Änderungen wegen der hinausgeschobenen Verabschiedung der Vorlage anderweitig auf den 1. Mai 1966 festgelegt werden. Andere abweichende Inkraftsetzungstermine müssen bestehen bleiben.

Diese Empfehlungen erfordern eine Neufassung des Artikels VI des Gesetzentwurfs, für die ein Vorschlag am Schluß dieses Berichts unterbreitet wird.

Darüber hinaus hält es die Deputation für erforderlich, die für die Bundesbeamten durch das Fünfte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen (Fünftes Besoldungserhöhungsgesetz) vom 23. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2118) vorgesehenen Besoldungserhöhungen für die bremischen Beamten zu übernehmen und entsprechende Vorschriften in die durch Artikel II des Gesetzentwurfs vorgeschlagenen Änderungen des Bremischen Besoldungsgesetzes zu übernehmen. Gleichzeitig hält die Deputation einige strukturelle Änderungen für erforderlich, die mit einer Änderung der Bremischen Besoldungsordnung A vorgeschlagen werden.

Die Deputation empfiehlt deshalb der Bürgerschaft (Landtag), das ihr vorliegende Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften mit folgenden Änderungen zu beschließen:

1) In Artikel I Nr. 9, 11 b, 27 und 32 werden die Worte „31. Dezember 1965" ersetzt durch die Worte „30. April 1966".

2) Neu eingefügt werden folgende Nr. 35 a und 35 b:

35 a. Der bisherige Leerparagraph 160 erhält folgende Fassung:

„§ 160

Die Senatskommission für das Personalwesen als unabhängige Stelle (§ 23 Absätze 2, 3 und 5) nimmt Stellung zu Beschwerden von Beamten und zurückgewiesenen Bewerbern in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung."

35 b. Der Hinweis nach § 159 „§§ 160 und 161" erhält folgende Fassung:

„§ 161
Leerparagraph"

3) Artikel II erhält folgende Fassung:

„Artikel II

Das Bremische Besoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. November 1964 (BremGBl. S. 1959, LBlS - 2042-a-1) wird wie folgt geändert:

1. In § 16 Absätze 2, 3 und 4 werden mit Wirkung vom 1. Juli 1965 die Worte „fünfundzwanzigste" und „fünfundzwanzigsten" jeweils durch die Worte „siebenundzwanzigste" und „siebenundzwanzigsten" ersetzt.
2. Die Anlage III des Bremischen Besoldungsgesetzes wird für die Zeit vom 1. Juli 1965 bis 31. Dezember 1965 durch die Anlage 1 dieses Gesetzes ersetzt.
3. In den Anlagen I, II und IV des Bremischen Besoldungsgesetzes tritt beim Ortszuschlag mit Wirkung vom 1. Juli 1965
   a) für die Besoldungsgruppen A 9 und A 10 an die Stelle der Tarifklasse III die Tarifklasse II,
   b) für die Besoldungsgruppen A 13, A 13 a, A 13 b, A 14 und A 14 a an die Stelle der Tarifklasse II die Tarifklasse I b,
   c) für die Besoldungsgruppen B 3 bis B 6 an die Stelle der Tarifklasse I b die Tarifklasse I a.
4. Die Bremische Besoldungsordnung A (Anlage I zum Bremischen Besoldungsgesetz) wird wie folgt geändert:
   a) Es werden eingefügt:
      1. in der Besoldungsgruppe 6 — Bremen — „Hauptaufseher"
      2. in der Besoldungsgruppe 7 — Bremen — „Haupthafenverwalter" „Oberhafenbüroverwalter" „Oberschleusenmeister" „Wirtschafter bei der Bürgerschaft"
      3. in der Besoldungsgruppe 9 — Bremen — „Inspektor im Justizvollzugsdienst" „Polizeimusikmeister, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 10"
      4. in der Besoldungsgruppe 10 — Bremen — „Oberinspektor im Justizvollzugsdienst" „Polizeimusikmeister"
      5. in der Besoldungsgruppe 11 — Bremen — „Amtmann im Justizvollzugsdienst"
      6. in der Besoldungsgruppe 12 — Bremen — „Haupthafenmeister" „Oberamtmann im Justizvollzugsdienst"
      7. in der Besoldungsgruppe 13
         a) — Bremen — „Leiter des Martinshofes" „Verwaltungsleiter einer Krankenanstalt"
         b) — Bremen und Bremerhaven — „Studienrat [2])"
         c) und am Schluß der Besoldungsgruppe als Fußnote

„[2]) Erhält als Fachvorsteher bei einer gewerblichen oder hauswirtschaftlichen Berufsschule oder bei einer Fachschule eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Stellenzulage von 29,— DM monatlich."

8. in der Besoldungsgruppe 13 a — Bremen und Bremerhaven — wird ein „k.w."-Vermerk aufgenommen bei der Amtsbezeichnung „Studienrat [3])"
9. in der Besoldungsgruppe 16 — Bremen — „Senatspräsident beim Oberverwaltungsgericht"

b) Es werden ersetzt:

1. in der Besoldungsgruppe 10
   a) der Wortlaut der Fußnote 2 durch folgende Fassung:
      „[2]) Kann nach Maßgabe des Haushaltsplanes eine widerrufliche Stellenzulage von 129,— DM oder 92,— DM monatlich erhalten, die zur Hälfte ruhegehaltfähig ist."
   b) die Vergütung gemäß Fußnote 3 durch einen Betrag von 350,— DM monatlich.
2. in der Besoldungsgruppe 15 a die Amtsbezeichnung „Ordentlicher Professor an der Pädagogischen Hochschule" durch „Ordentlicher Professor bei der Pädagogischen Hochschule"

c) Es werden gestrichen:

1. in der Besoldungsgruppe 5 — Bremen — „Verwalter der Wasserabgabe"
2. in der Besoldungsgruppe 13 — Bremen — „Verwaltungsdirektor bei der Nervenklinik"

5. Die Bremische Besoldungsordnung B (Anlage II zum Bremischen Besoldungsgesetz) wird wie folgt geändert:
   In der Besoldungsgruppe 3
   wird die Amtsbezeichnung
   „Vizepräsident beim Rechnungshof" ersetzt durch „Vizepräsident des Rechnungshofes".
6. Das Grundgehalt und die unwiderruflichen Stellenzulagen in den Anlagen I und II des Bremischen Besoldungsgesetzes werden für die Monate Januar bis September 1966 um 4 % erhöht und durch die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes ersetzt. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 werden die nach Satz 1 sich ergebenden Beträge um weitere 4 % erhöht und durch die Sätze der Anlage 4 dieses Gesetzes ersetzt.
7. Die Ortszuschlagstabelle (Anlage III des Bremischen Besoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 1 dieses Gesetzes) wird für die Monate Januar bis September 1966 durch die Anlage 3 und mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 durch die Anlage 5 dieses Gesetzes ersetzt.
8. Die Bezüge der Versorgungsempfänger, die die in § 1 Absatz 1 des Bremischen Besoldungsgesetzes genannten Dienstherren zu tragen haben, werden wie folgt erhöht:
   a) wenn der Bemessung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt zugrunde liegt, durch Zugrundelegung des Grundgehalts und der unwiderruflichen Stellenzulagen nach Ziffer 6,
   b) wenn der Bemessung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt nicht zugrundeliegt, durch Erhöhung dieser Bezüge für die Monate Januar bis September 1966 um 4 % und die danach sich ergebenden Beträge mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 um weitere 4 %."

   Die dem Gesetzentwurf beigefügte Anlage wird durch die diesem Bericht beigefügten Anlagen 1 bis 5 ersetzt.

4) Artikel III erhält folgende Fassung:

„Artikel III

(1) Bei Bezügen von Versorgungsempfängern, die bis zum Eintritt des Versorgungsfalles die Voraussetzungen für eine Regelbeförderung nach den Vorschriften der Bremischen Laufbahnverordnung erfüllt gehabt hätten, wobei eine Prüfung der Bewährung entfällt, tritt an die Stelle des Grundgehalts:

a) der Besoldungsgruppen A 1 und A 2 das Grundgehalt der Bes.-Gr. A 3,
b) der Besoldungsgruppe A 5 das Grundgehalt der Bes.-Gr. A 6,
c) der Besoldungsgruppe A 9 das Grundgehalt der Bes.-Gr. A 10,
d) der Besoldungsgruppen A 13 und A 13 a das Grundgehalt der Bes.-Gr. A 14.

Satz 1 gilt entsprechend für die Festsetzung von Hinterbliebenenbezügen.

(2) Absatz 1 gilt nur für Versorgungsempfänger, bei denen der Versorgungsfall in den Fällen des Abs. 1 Buchst. a) bis zum 31. Dezember 1966 und in den Fällen des Abs. 1 Buchst. b) bis d) bis zum 30. April 1966 eingetreten ist."

5) Artikel V erhält folgende Fassung:

„Artikel V

Der Senat wird ermächtigt, das Bremische Beamtengesetz in der am 1. Januar 1967 gültigen Fassung bekanntzumachen."

6) Artikel VI erhält folgende Fassung:

„Artikel VI

Unbeschadet der in Artikel II Nr. 6, 7 und 8 oder in den Anlagen zu Artikel II genannten Termine treten in Kraft

a) mit Wirkung vom 1. Juli 1965
   Artikel I Nr. 33, 40,
   Artikel II Nr. 1, 2 und 3
b) mit Wirkung vom 1. Oktober 1965
   Artikel I Nr. 1
c) mit Wirkung vom 1. Januar 1966
   Artikel I Nr. 36
d) mit Wirkung vom 1. Mai 1966
   Artikel I Nr. 2, 3, 4, 5, 6, 10, 20, 28, 30, 34 Buchstabe b, 35 a, 35 b, 37
   Artikel II Nr. 4 und 5
   Artikel III Buchstaben b bis d
e) mit Wirkung vom 1. Januar 1967
   Artikel I Nr. 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 31, 32, 34 Buchstaben a und c, 35, 38, 39, 41
   Artikel III Buchstabe a
   Artikel IV

Ortszuschlag

für die Monate Juli bis Dezember 1965

(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 (1 Kind)	Stufe 4 (2 Kinder)	Stufe 5 (3 Kinder)	Stufe 6 (4 Kinder)	Stufe 7 (5 Kinder)
I a	B 3 bis B 9	266	330	354	385	416	447	478
I b	A 13 bis A 16 B 2	206	268	292	323	354	385	416
II	A 9 bis A 12 a	166	220	244	275	306	337	368
III	A 1 bis A 8	136	189	213	244	275	306	337

Bei mehr als fünf zu berücksichtigenden Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere Kind um je 40,— DM.

Sätze des Grundgehalts und der unwiderruflichen Stellenzulagen der Besoldungsordnungen A und B für die Monate Januar bis September 1966

Anlage 2

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Tarifklasse des Ortszuschlags	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	Dienstalterszulage
1	III	380,64	394,16	407,68	421,20	434,72	448,24	461,76	475,28	488,80	—	—	—	—	13,52
2		401,44	416,—	430,56	445,12	459,68	474,24	488,80	503,36	517,92	532,48	—	—	—	14,56
3		430,56	445,12	459,68	474,24	488,80	503,36	517,92	532,48	547,04	561,60	—	—	—	14,56
4		459,68	474,24	488,80	503,36	517,92	532,48	547,04	561,60	576,16	590,72	—	—	—	14,56
5		479,44	495,04	510,64	526,24	541,84	557,44	573,04	588,64	604,24	619,84	635,44	—	—	15,60
6		516,88	536,64	556,40	576,16	595,92	615,68	635,44	655,20	674,96	694,72	714,48	—	—	19,76
7		584,48	607,36	630,24	653,12	676,—	698,88	721,76	744,64	767,52	790,40	813,28	—	—	22,88
8		617,76	644,80	671,84	698,88	725,92	752,96	780,—	807,04	834,08	861,12	888,16	—	—	27,04
9	II	640,64	668,72	696,80	724,88	752,96	781,04	809,12	837,20	865,28	893,36	921,44	949,52	977,60	28,08
10		716,56	755,04	793,52	832,—	870,48	908,96	947,44	985,92	1024,40	1062,88	1101,36	1139,84	1178,32	38,48
11		852,80	895,44	938,08	980,72	1023,36	1066,—	1108,64	1151,28	1193,92	1236,56	1279,20	1321,84	1364,48	42,64
11 a		852,80	900,64	948,48	996,32	1044,16	1092,—	1139,84	1187,68	1235,52	1283,36	1331,20	1379,04	1426,88	47,84
12		940,16	986,96	1033,76	1080,56	1127,36	1174,16	1220,96	1267,76	1314,56	1361,36	1408,16	1454,96	1501,76	46,80
12 a		940,16	992,16	1044,16	1096,16	1148,16	1200,16	1252,16	1304,16	1356,16	1408,16	1460,16	1512,16	1564,16	52,—
13	I b	1051,44	1098,24	1145,04	1191,84	1238,64	1285,44	1332,24	1379,04	1425,84	1472,64	1519,44	1566,24	1613,04	46,80
13 a		1051,44	1098,24	1145,04	1191,84	1238,64	1285,44	1332,24	1379,04	1515,28	1572,48	1629,68	1686,88	1744,08	46,80/57,20
13 b		1051,44	1098,24	1145,04	1191,84	1238,64	1285,44	1332,24	1379,04	1620,32	1681,68	1743,04	1804,40	1865,76	46,80/61,36
14		1129,44	1190,80	1252,16	1313,52	1374,88	1436,24	1497,60	1558,96	1620,32	1681,68	1743,04	1804,40	1865,76	61,36
14 a		1158,56	1222,—	1285,44	1348,88	1412,32	1475,76	1539,20	1602,64	1666,08	1729,52	1792,96	1856,40	1919,84	63,44
15		1294,80	1360,32	1425,84	1491,36	1556,88	1622,40	1687,92	1753,44	1818,96	1884,48	1950,—	2015,52	2081,04	65,52
15 a		1410,24	1478,88	1547,52	1616,16	1684,80	1753,44	1822,08	1890,72	1959,36	2028,—	2096,64	2165,28	2233,92	68,64
16		1475,76	1554,80	1633,84	1712,88	1791,92	1870,96	1950,—	2029,04	2108,08	2187,12	2266,16	2345,20	2424,24	79,04

Besoldungsordnung B

2	I b	2500,16
3	I a	2689,44
4		2884,96
5		3073,20
6		3267,68
9		4225,52

A 5 Fußnote 1: 459,68 — 474,24 — 488,80 — 503,36 — 517,92 — 532,48
A 5 Fußnote 5: a) 353,60
b) 386,88 — 430,56
A 6 Fußnote 1: 28,08
A 6 Fußnote 6: 479,44 — 495,04 — 510,64 — 526,24 — 541,84 — 557,44
A 8 Fußnote 1: 52,—
A 9 Fußnote 1: 56,16
A 10 Fußnote 1: 38,48
A 11 a Fußnote 1: 41,60 soweit unwiderruflich
A 12 a Fußnote 1: 30,16

A 13 a Fußnote 1: 48,88
A 13 a Fußnote 2: 26,—
A 13 a Fußnote 3: 30,16
A 13 b Fußnote 1: 41,60
A 14 Fußnote 1: 26,—
A 14 Fußnote 2: 41,60
A 15 Fußnote 1: 145,60
A 15 Fußnoten 2 + 3: 72,80

Ortszuschlag

für die Monate Januar bis September 1966

(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 (1 Kind)	Stufe 4 (2 Kinder)	Stufe 5 (3 Kinder)	Stufe 6 (4 Kinder)	Stufe 7 (5 Kinder)
I a	B 3 bis B 9	277	343	370	404	438	472	506
I b	A 13 bis A 16 B 2	214	279	306	340	374	408	442
II	A 9 bis A 12 a	173	229	256	290	324	358	392
III	A 1 bis A 8	141	197	224	258	292	326	360

Bei mehr als fünf zu berücksichtigenden Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere Kind um je 44,— DM.

Sätze des Grundgehalts und der unwiderruflichen Stellenzulagen der Besoldungsordnungen A und B ab 1. Oktober 1966

Anlage 4

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Tarifklasse des Ortszuschlags	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	Dienstaltershzulage
1		395,88	409,94	424,—	438,06	452,12	466,18	480,24	494,30	508,36	—	—	—	—	14,06
2		417,53	432,67	447,81	462,95	478,09	493,23	508,37	523,51	538,65	553,79	—	—	—	15,14
3		447,81	462,95	478,09	493,23	508,37	523,51	538,65	553,79	568,93	584,07	—	—	—	15,14
4	III	478,09	493,23	508,37	523,51	538,65	553,79	568,93	584,07	599,21	614,35	—	—	—	15,14
5		498,66	514,88	531,10	547,32	563,54	579,76	595,98	612,20	628,42	644,64	660,86	—	—	16,22
6		537,56	558,11	578,66	599,21	619,76	640,31	660,86	681,41	701,96	722,51	743,06	—	—	20,55
7		607,92	631,71	655,50	679,29	703,08	726,87	750,66	774,45	798,24	822,03	845,82	—	—	23,79
8		642,49	670,61	698,73	726,85	754,97	783,09	811,21	839,33	867,45	895,57	923,69	—	—	28,12
9		666,32	695,52	724,72	753,92	783,12	812,32	841,52	870,72	899,92	929,12	958,32	987,52	1016,72	29,20
10		745,22	785,24	825,26	865,28	905,30	945,32	985,34	1025,36	1065,38	1105,40	1145,42	1185,44	1225,46	40,02
11	II	886,98	931,32	975,66	1020,—	1064,34	1108,68	1153,02	1197,36	1241,70	1286,04	1330,38	1374,72	1419,06	44,34
11 a		886,91	936,66	986,41	1036,16	1085,91	1135,66	1185,41	1235,16	1284,91	1334,66	1384,41	1434,16	1483,91	49,75
12		977,80	1026,47	1075,14	1123,81	1172,48	1221,15	1269,82	1318,49	1367,16	1415,83	1464,50	1513,17	1561,84	48,67
12 a		977,77	1031,85	1085,93	1140,01	1194,09	1248,17	1302,25	1356,33	1410,41	1464,49	1518,57	1572,65	1626,73	54,08
13		1093,54	1142,21	1190,88	1239,55	1288,22	1336,89	1385,56	1434,23	1482,90	1531,57	1580,24	1628,91	1677,58	48,67
13 a		1093,54	1142,21	1190,88	1239,55	1288,22	1336,89	1385,56	1434,23	1575,89	1635,38	1694,87	1754,36	1813,85	48,67/59,49
13 b		1093,54	1142,21	1190,88	1239,55	1288,22	1336,89	1385,56	1434,23	1685,16	1748,97	1812,78	1876,59	1940,40	48,67/63,81
14		1174,68	1238,49	1302,30	1366,11	1429,92	1493,73	1557,54	1621,35	1685,16	1748,97	1812,78	1876,59	1940,40	63,81
14 a	I b	1204,90	1270,88	1336,86	1402,84	1468,82	1534,80	1600,78	1666,76	1732,74	1798,72	1864,70	1930,68	1996,66	65,98
15		1346,61	1414,75	1482,89	1551,03	1619,17	1687,31	1755,45	1823,59	1891,73	1959,87	2028,01	2096,15	2164,29	68,14
15 a		1466,65	1538,04	1609,43	1680,82	1752,21	1823,60	1894,99	1966,38	2037,77	2109,16	2180,55	2251,94	2323,33	71,39
16		1534,81	1617,01	1699,21	1781,41	1863,61	1945,81	2028,01	2110,21	2192,41	2274,61	2356,81	2439,01	2521,21	82,20

Besoldungsordnung B

2	I b	2600,17
3		2797,02
4		3000,36
5	I a	3196,13
6		3398,39
9		4394,55

A 5 Fußnote 1: 478,09 — 493,23 — 508,37 — 523,51 — 538,65 — 553,79
A 5 Fußnote 5: a) 367,74
b) 402,36 — 447,78
A 6 Fußnote 1: 29,20
A 6 Fußnote 6: 498,66 — 514,88 — 531,10 — 547,32 — 563,54 — 579,76
A 8 Fußnote 1: 54,08
A 9 Fußnote 1: 58,41
A 10 Fußnote 1: 40,02
A 11 a Fußnote 1: 43,26 soweit unwiderruflich
A 12 a Fußnote 1: 31,37

A 13 a Fußnote 1: 50,84
A 13 a Fußnote 2: 27,04
A 13 a Fußnote 3: 31,37
A 13 b Fußnote 1: 43,26
A 14 Fußnote 1: 27,04
A 14 Fußnote 2: 43,26
A 15 Fußnote 1: 151,42
A 15 Fußnoten 2 + 3: 75,71

Ortszuschlag

ab 1. Oktober 1966

(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 (1 Kind)	Stufe 4 (2 Kinder)	Stufe 5 (3 Kinder)	Stufe 6 (4 Kinder)	Stufe 7 (5 Kinder)
I a	B 3 bis B 9	288	357	387	424	461	498	535
I b	A 13 bis A 16 B 2	223	290	320	357	394	431	468
II	A 9 bis A 12 a	180	238	268	305	342	379	416
III	A 1 bis A 8	147	205	235	272	309	346	383

Bei mehr als fünf zu berücksichtigenden Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere Kind um je 47,— DM.